

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Zusammenarbeit in Europa stärken

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsführenden Vorstands unserer Bundestagsfraktion war ich in der vergangenen Woche zu hochrangigen Gesprächen in Brüssel. Diese auswärtigen Sitzungen finden regelmäßig statt, weil die Verknüpfung deutscher und europäischer Themen und Akteure von größter Wichtigkeit ist.

Mit der deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion haben wir uns zunächst zu aktuellen Fragen wie dem Euro, der europäischen Investitionsoffensive und auch der Zusammenarbeit mit Sozialisten bzw. der SPD in den beiden Parlamenten abgestimmt. Griechenland, der Euro, das Europäische Semester, Flüchtlings- und Migrationsfragen, die Energie- und die Digitalunion waren die zentralen Themen bei den Beratungen mit Kommissionspräsident Juncker und seinem jeweils zuständigen Vizepräsidenten oder Kommissar. Besonders interessant war wieder die Begegnung mit unserem deutschen Kommissar Günther Oettinger, der mit Digitaler Wirtschaft und Gesellschaft zentrale Zukunftsfelder beantwortet.

Europa und die internationale Zusammenarbeit haben im Übrigen auch das Plenum dieser Woche im Bundestag geprägt. Die Bundeskanzlerin hat in einer Regierungserklärung ihre Schwerpunkte für die bevorstehenden drei Gipfel zur Östlichen Nachbarschaft der EU, zur Zusammenarbeit im Rahmen der G7 sowie zur Partnerschaft mit Lateinamerika dargelegt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Mit ihrem nunmehr neunten Streik hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in der zurückliegenden Woche die Geduld und die Nerven von Tausenden von Bahnfahrern in Deutschland erneut bis aufs Äußerste strapaziert. Eine BPA-Besucherguppe aus dem Wahlkreis, die von Sonntag bis Mittwoch meiner Einladung nach Berlin gefolgt war, musste die Heimreise entgegen der Planung mit dem Reisebus antreten. Viele Berufspendler waren von dem verantwortungslosen Arbeitskampfverhalten der Lokführer noch schwerwiegender betroffen.

Passenderweise haben wir heute in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit beschlossen, mit dem wir die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie dauerhaft sichern wollen. Das Gesetz ist aber nicht als direkte Antwort auf diese aktuelle Streiksituation zu verstehen. Das kann es auch nicht bewirken. Nichtsdestotrotz haben die wiederkehrenden Streiks der Verabschiedung des Gesetzes eine besondere mediale Präsenz beschert.

Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit haben wir lange diskutiert. Aus Teilen der Wirtschaft und der Gewerkschaften wird sie für notwendig erachtet. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, lenken wir den Tarifpluralismus in geordnete Bahnen. Dabei sind verschiedene Stufen vorgesehen: Von der vereinbarten Tarifpluralität über Tarifgemeinschaften bis hin zur Einführung des Mehrheitsprinzips für den Fall, dass sich in einem Betrieb die Tarifverträge überschneiden. Die Rechte der Minderheitsgewerkschaften werden berücksichtigt. Unverändert bleibt, dass über die Verhältnismäßigkeit eines Streiks im Zweifel die Gerichte zu befinden haben, nicht der Gesetzgeber. Die Verfassungsministerien haben den Gesetzentwurf intensiv geprüft und die Verfassungsmäßigkeit bescheinigt.

Ich persönlich stehe dem Gesetz weiterhin kritisch gegenüber. Einerseits hege ich verfassungsrechtliche Bedenken; andererseits bin ich nicht sicher, ob es ein effektives Instrument gegen unverhältnismäßiges Arbeitskampfverhalten bietet. So oder so wird uns das Gesetz in den kommenden Monaten und Jahren noch intensiv beschäftigen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB



Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Bürgersprechstunde am 2. Juni in Würselen

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Dienstag, 02. Juni 2015 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Würselen (CDU-Fraktionszimmer) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Bundesregierung unterrichtet Parlament über Ausbau der Kindertagesbetreuung

Für den Bericht der Bundesregierung wurde erstmals seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz im Jahr 2008 die Betreuungssituation in ganz Deutschland bewertet. Die Auswertung zeigt, dass das Kinderförderungsgesetz aus dem Jahr 2008 einen massiven Ausbau des Betreuungsangebots für unter Dreijährige ausgelöst hat. Am 1. März 2014 wurden in Deutschland rund 660.000 Kinder unter drei Jahren den Tag über betreut; das waren fast 300.000 mehr als im Jahr 2008. Der Betreuungsausbau ging nicht zu Lasten der Qualität: Sowohl Personalschlüssel als auch Gruppengrößen blieben über die Jahre hinweg konstant. Kindertagespflegepersonen sind zunehmend besser qualifiziert. In den Befragungen äußerten sich Eltern insgesamt weitgehend zufrieden.



Bild: ZB

Der Bund unterstützt die Länder und ihre Kommunen in großem Umfang beim Betreuungsausbau: Er beteiligt sich schon jetzt dauerhaft mit 845 Millionen Euro an den Betriebskosten und damit an den sogenannten Kinderbetreuungskosten. Dieser Anteil wird sich in den Jahren 2017 und 2018 auf 945 Millionen Euro erhöhen. Mit dem dritten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ wurde zum 1. Januar dieses Jahres das Sondervermögen auf 1 Milliarde Euro aufgestockt.

Deutsch-amerikanische Beziehungen

Interessante Zahlen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen hat das Pew Research Center kürzlich veröffentlicht: Sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges sehen 72 Prozent der Amerikaner Deutschland als verlässlichen Partner. 62 Prozent der Deutschen halten die USA für einen zuverlässigen Verbündeten. Die Mehrheit der Deutschen (57 Prozent) glaubt, dass es für Deutschland wichtiger ist, enge Beziehungen zu den USA zu haben als zu Russland. Hier fallen die Meinungen in Ost- und Westdeutschland auseinander: 44 Prozent der Ostdeutschen und 61 Prozent der Westdeutschen befürworten eine stärkere Bindung an die USA.

Im Hinblick auf die internationale politische Lage sind Deutsche und Amerikaner unterschiedlicher Einschätzung: 59 Prozent der Amerikaner denken, die Europäische Union würde im Umgang mit Russland in der Ukraine-Krise nicht hart genug auftreten; dieser Ansicht sind nur 26 Prozent der Deutschen. Auch fordern 54 Prozent der Amerikaner von Deutschland mehr militärisches Engagement in der Welt; dem stimmt nur ein Viertel der Deutschen zu.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 10/15 22. Mai 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)